

# Albert Roßhaupter Denkmal

## Albert Roßhaupter: Wort- und schriftgewandter Sozialdemokrat

Seine Reden im bayerischen Landtag dauerten oft mehrere Stunden. Die Brisanz der Themen und Roßhaupters Gabe, auch in kritischen politischen Situationen durch handfeste Ironie Heiterkeit im Landtag auszulösen, verhinderten aufkommende Langeweile bei Parteigenossen und politischen Gegnern. Heute sind die Reden des 1949 in Olching verstorbenen Bayerischen Landespolitikers in vielerlei Hinsicht ein Lehrstück für fundierte Sozialpolitik und Zivilcourage: Die frühen Landtagsreden gelten als beste sozial-ökonomische Schilderungen der Situation der einfachen Leute vor dem Ersten Weltkrieg. Seine frühen Warnhinweise vor den Folgen der Machtergreifung der NSDAP und schließlich das direkte Nein zu deren Ermächtigungsgesetz in seiner letzten Rede als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion am 29. April 1933 führten zu Gefängnis- und Schutzhaft und zu sozialer Ächtung.

Roßhaupter wusste wovon er sprach, wenn er als Politiker das soziale Elend der Arbeiterschaft anprangerte. Selbst aus einfachen Verhältnissen stammend, erhielt er nach seiner Lackiererlehre 1899 eine Beschäftigung in den Königlichen Eisenbahnwerkstätten in München. Bereits als 19-jähriger trat er in die SPD und in den Süddeutschen Eisenbahner- und Postpersonalverband ein und wurde dort hauptamtlicher Geschäftsführer. Von 1907 bis 1933 agierte er als SPD-Abgeordneter im Bayerischen Landtag und widmete sich besonders den sozialen Fragen der beim Staat beschäftigten Arbeiter. Ab 1909 war er als Journalist bei verschiedenen gewerkschaftlich und sozialdemokratisch orientierten Presseorganen in Nürnberg und Augsburg tätig. Seine Fachkompetenz und seine rhetorische Begabung machten ihn bald zu einer der wichtigsten Persönlichkeiten der bayerischen Sozialdemokratie. Nach kurzem Kriegseinsatz wurde Roßhaupter 1918 Mitglied des provisorischen Nationalrates und im Revolutionskabinett Kurt Eisners als Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten für rund vier Monate Leiter des Ministeriums für Militärische Angelegenheiten. Nach Aufgabe des Ministerpostens widmete er sich verstärkt seinen journalistischen Tätigkeiten und seinen Aufgaben als Abgeordneter. Kompetent in finanzpolitischen wie auch verfassungsrechtlichen Fragen erhielt er den Vorsitz der SPD-Fraktion. Am 10. März 1932 warnte er vom Ende des zweiten Reiches und dem Ende des Rechtsstaates und der Demokratie. Nach seiner Rede am 29. April 1933 verweigerte die SPD als einzige Fraktion die Zustimmung zum Gleichschaltungsgesetz: ...“Bayern ist seit uralten Zeiten ein demokratisches Land. Nirgends wird die Unterdrückung der persönlichen Freiheit und der freien Meinung in Wort und Schrift vom Volke bitterer empfunden wie bei uns. Bis jetzt hat sich die neue Staatsführung diesem Volksempfinden nicht Rechnung getragen. Insbesondere befinden sich hunderte unserer Anhänger immer noch in Schutzhaft...” Am 23. Juni 1933 – am Tag nach dem SPD-Verbot - ereilte dieses Schicksal auch Albert Roßhaupter, der zunächst in Fürstenfeldbruck inhaftiert und von September bis April 1934 ins KZ Dachau verlegt wurde. Er teilte das Schicksal seines Freundes Josef Tauscheck – SPD-Bürgermeister von Olching – in dessen Heimatgemeinde Albert Roßhaupter erst kurz zuvor gezogen war. Nach seiner Entlassung musste er sich wöchentlich bei der Gendarmerie melden, lebte von der Fürsorge vom Verkauf von Gemüse, das er zu Fuß von Olching nach München brachte. 1944 kam er erneut für mehrere Monate in KZ-Haft.

Nach Kriegsende konnte Albert Roßhaupter seine politische Laufbahn fortsetzen und wurde von 1945 bis 1947 erster Minister für Arbeit und soziale Fürsorge in Bayern. 1946 war er Mitglied des Verfassungsausschusses, der die bayerische Verfassung konzipierte und im Dezember 1946 verabschiedete. Das Recht auf Meinungsfreiheit, allgemeine

Handlungsfreiheit, Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und das Demokratieprinzip verdankt die Nachwelt unter anderem ihm. 1948 bis 1949 war er zudem Mitglied des Parlamentarischen Rats und unterzeichnete in dieser Funktion das Grundgesetz. Albert Roßhaupter war somit aktiv am politischen und demokratischen Neuanfang nach der Nazidiktatur beteiligt, so wie er bereits 1918 nach dem Zusammenbruch der Monarchie an der Schaffung eines neuen Staates mitgewirkt hatte.

Seine Wahlheimat Olching verdankt dem SDP-Minister noch die ersten Glocken für die katholische Kirche St. Peter und Paul. Der damalige Pfarrer Georg Handwerker hatte Albert Roßhaupter gebeten, diesbezüglich seinen Einfluss beim Alliierten Kontrollrat geltend zu machen und die Freigabe von Gusstahl zu bewerkstelligen. Albert Roßhaupter – zeitlebens auch ein Mann der Tat – erfüllte den Olchingern kurz vor seinem Tode gerne diesen Wunsch. Er starb 1949 in Olching und ist dort auch begraben.

## **Auszüge einiger bedeutender Reden von Albert Roßhaupter**

### **Bayerischer Landtag – 144. Sitzung vom 10. März 1932**

#### **Roßhaupter / Soz.-Dem.**

Herr Kollege Dr. Buttmann hat angekündigt, daß seine Partei im nächsten Landtag Anträge einbringen werde, die eine Änderung des bisherigen Rechtszustandes hinsichtlich der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs bezwecken. Vorausgesetzt, daß der Landtag noch über den 13. März 1932 existieren wird!

(Abgeordneter Dr. Buttmann: Haben Sie Angst?)

Gar keine! Aber nach all den Ankündigungen, die man jetzt auf den Straßenplakaten liest, bin ich vorsichtig. Besonders nach dem „Völkischen Beobachter“, den ich mir hin und wieder auch zu Gemüte führe, ist es ziemlich sicher, daß am 13. März das gegenwärtige System aufhören muß, das Zweite Reich verschwunden ist und das Dritte Reich errichtet werden wird. Wenn es aber dahinkommen sollte, dann besteht die Gefahr, daß der gegenwärtige und auch der zukünftige Landtag nicht mehr existieren werden.

(Abgeordneter Dr. Buttmann: Sicher aber ein Staatsgerichtshof!)

Der wird wohl kommen; aber seine Zusammensetzung kennen wir schon von früher her aus der berühmten Bürgerbräu-Veranstaltung).

(Stürmische Heiterkeit)

Dann brauchen wir uns über diese Frage nicht mehr den Kopf zu zerbrechen. Aber, wie gesagt, der kommende Landtag wird sich gegebenenfalls über diese Frage weiter unterhalten können.

(Lebhafter Beifall bei der Sozialdemokratischen Partei)

### **Bayerischer Landtag – 2. Sitzung vom 29. April 1933**

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Roßhaupter.

**Roßhaupter** (Soz.-Dem.): Meine Frauen und Herren! Für die Sozialdemokratische Fraktion des Landtags habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Nach dem Willen des Herrn Reichspräsidenten, der das Schicksal Deutschland in die Hände der gegenwärtigen Reichsregierung gelegt hat, ist das Deutsche Reich völlig umgestaltet worden.

Die deutschen Länder besitzen keinen eigenen politischen Willen mehr, die Regierungen der Länder sind nicht mehr von dem Vertrauen der Volksvertretung abhängig. Damit tritt auch die 1500jährige Geschichte des Landes Bayern in einen neuen Abschnitt ein. Trotzdem wird der Bayerische Landtag auch in Zukunft große Aufgaben zu erfüllen haben. Der Volksvertretung verbleibt das Gesetzgebungsrecht, das Recht der Gestaltung des Staatshaushaltes und das Petitionsrecht. Nach wie vor hat sie das Recht und die Pflicht, der Landesregierung zu allen Fragen des staatlichen Lebens, besonders auch in kulturpolitischen Fragen, beratend zur Seite zu stehen. Wir glauben nicht, daß eine Regierung, die sich mit dem Volke wirklich verbunden fühlt, auf die Dauer die Mitarbeit der vom Volke gewählten Vertrauensmänner entbehren kann.

Die Regierung verfügt im Landtag über eine ausreichende Mehrheit; wir halten deshalb ein Ermächtigungsgesetz für überflüssig und können ihm auch aus unserer grundsätzlichen Einstellung heraus nicht zustimmen.

(Zuruf von den Nationalsozialisten: Ist auch nicht nötig!)

Die bayerische Sozialdemokratie ist seit März 1920 in keiner bayerischen Regierung mehr vertreten gewesen.

(Zuruf von den Nationalsozialisten.)

Was seitdem in Bayern geschehen ist, das ist zumeist ohne und vielfach gegen unseren Willen geschehen.

(Zuruf von den Nationalsozialisten.)

Wir lassen uns nicht für die Taten oder Unterlassungen ausgesprochener Rechtsregierungen verantwortlich machen. Was wir aber als Wortführer einer sachlichen Opposition beantragt und gefordert haben, dazu stehen wir, das verleugnen wir nicht. Wir sind auch stolz darauf, daß wir nicht in der Staatsregierung vertreten waren, verantwortungsbewußt und selbstlos an der Erfüllung vieler wichtiger Staatsaufgaben mitgearbeitet haben.

(Sehr richtig! Bei der sozialdemokratischen Partei.)

Bayern ist seit uralten Zeiten ein demokratisches Land. Nirgends wir die Unterdrückung der persönlichen Freiheit und der freien Meinung in Wort und Schrift vom Volke bitterer empfunden wie bei uns. Bis jetzt hat die neue Staatsführung diesem Volksempfinden nicht Rechnung getragen. Insbesondere befinden sich Hunderte unserer Anhänger immer noch in Schutzhaft. Darunter sind viele Männer, die sich als Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Vorkämpfer gegen Bolschewismus und Separatismus

(Zuruf der Nationalsozialisten) (sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei)

die höchsten Verdienste um Volk und Vaterland erworben haben. Wir halten die Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheiten für eine absolute Notwendigkeit. Unsere Partei hat 70 Jahre lang für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Arbeiterstandes und für die auch in der Regierungserklärung geforderte Eingliederung des Arbeiters in die Volksgemeinschaft gekämpft.

(Zurufe von den Nationalsozialisten.)

Eine Partei mit dieser Vergangenheit kann man mit Zwangsarbeit vorübergehend unterdrücken, man darf aber von ihren überzeugten Anhängern nicht erwarten, daß sie feige

(Zurufe von den Nationalsozialisten.)

ihre Fahne verraten. Wir fordern deshalb von jedem Regierungssystem die Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung. Das politische Schlachtenglück wechselt. Keines Menschen Werk ist von ewigem Bestand. Unvergänglich sind allein die großen Ideen, die sich die Menschheit in jahrtausendealten Erfahrungen geschaffen hat, in denen sie die Bürgen für den Kulturfortschritt der Völker erblickt. Zu diesen Ideen gehören staatsbürgerliche Freiheit und gleichmäßige Gerechtigkeit. Kein Volk, am wenigsten das deutsche, kann sich vor diesen Leitsternen lossagen, ohne schwersten Schaden zu nehmen. Wir wünschen und erwarten, daß sich auch die gegenwärtige Bayerische Staatsregierung dieser Erkenntnis nicht verschließt und dann der Erkenntnis die notwendige befreiende Tat folgen läßt.

(Beifall bei der Sozialdemokratischen Partei.)